



Die globale Lage der Pressefreiheit hat sich dramatisch verschlechtert. Nach dem jüngsten Bericht von Reporter ohne Grenzen (RSF) vom 30. April 2026 befindet sich die Freiheit der Medien auf dem niedrigsten Stand seit Einführung des Index vor 25 Jahren. Erstmals gelten mehr als die Hälfte der untersuchten Länder als „schwierig“ oder „sehr ernst“ in Bezug auf die Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten. Der Befund ist nicht nur ein statistischer Tiefpunkt – er verweist auf einen strukturellen Wandel im Verhältnis von Staat, Öffentlichkeit und Information.

---

## Ein globaler Abwärtstrend

Der von RSF jährlich veröffentlichte Index bewertet 180 Länder anhand verschiedener Kriterien, darunter politische Rahmenbedingungen, rechtliche Sicherheit, wirtschaftliche Faktoren und physische Sicherheit von Medienschaffenden. Der globale Durchschnittswert ist laut Bericht auf den niedrigsten Stand seit 2002 gefallen – ein signifikanter Indikator für die Erosion medialer Freiräume weltweit.

Während autoritäre Staaten traditionell schlecht abschneiden, zeigt sich die aktuelle Verschlechterung zunehmend systemisch. Die Rangliste wird weiterhin von skandinavischen Ländern angeführt: Norwegen belegt zum zehnten Mal in Folge Platz eins, gefolgt von den Niederlanden, Estland, Dänemark und Schweden. Diese Staaten profitieren von stabilen institutionellen Rahmenbedingungen, hohem Vertrauen in Medien sowie robusten Schutzmechanismen für Journalisten.

Demgegenüber stehen Länder wie Eritrea, das erneut den letzten Platz einnimmt – ein Staat, in dem unabhängiger Journalismus faktisch nicht existiert. Doch die eigentliche Brisanz des Berichts liegt weniger in den bekannten Problemfällen als in den Verschiebungen innerhalb demokratischer Systeme.

---

## Demokratien unter Druck

Auffällig ist der Rückgang der Pressefreiheit auch in etablierten Demokratien. Deutschland rangiert auf Platz 14, Frankreich auf Platz 25 – beide Länder verlieren damit an Boden im internationalen Vergleich. Die Vereinigten Staaten fallen um sieben Plätze auf Rang 64

---



zurück, ein Hinweis auf zunehmende politische Polarisierung und wachsende Spannungen zwischen Regierung und Medien.

RSF identifiziert eine besorgniserregende Entwicklung: Die Einschränkung der Pressefreiheit erfolgt zunehmend subtil. Anstelle offener Zensur treten juristische Mittel, wirtschaftlicher Druck und politische Delegitimierung. Besonders der rechtliche Rahmen hat sich laut Bericht signifikant verschlechtert – stärker als jeder andere Teilindikator.

Gesetze zur nationalen Sicherheit, Anti-Terror-Maßnahmen und Vorschriften gegen Desinformation werden in vielen Ländern ausgeweitet. Diese Instrumente, ursprünglich zur Gefahrenabwehr konzipiert, werden zunehmend genutzt, um journalistische Arbeit einzuschränken. Klagen gegen Medienhäuser – häufig strategisch motiviert („SLAPP“-Klagen) – dienen dazu, kritische Berichterstattung zu unterbinden oder finanziell zu erschöpfen.

---

## Die Rolle der Justiz und politischer Einfluss

Ein zentrales Problem sieht RSF in der politischen Instrumentalisierung der Justiz. In vielen Ländern wird das Rechtssystem genutzt, um Druck auf Medien auszuüben. Dies geschieht etwa durch selektive Strafverfolgung, restriktive Auslegung von Gesetzen oder gezielte Ermittlungen gegen Journalistinnen und Journalisten.

Diese Entwicklung ist besonders gefährlich, da sie unter dem Deckmantel von Legalität erfolgt. Anders als offene Repression ist sie schwerer zu erkennen und international weniger leicht zu sanktionieren. Für Demokratien stellt dies eine ernsthafte Herausforderung dar: Der Angriff auf die Pressefreiheit erfolgt nicht frontal, sondern eingebettet in scheinbar legitime Verfahren.

---

## Regionale Entwicklungen: Ein differenziertes Bild

In Europa konstatiert RSF trotz Fortschritten – etwa durch das neue Europäische Medienfreiheitsgesetz – weiterhin strukturellen Druck auf Redaktionen. Politische Einflussnahme, wirtschaftliche Konzentration im Mediensektor und zunehmende Bedrohungen für Journalisten bleiben zentrale Probleme.



In den Amerikas nennt der Bericht insbesondere die USA, Argentinien und El Salvador als Beispiele für eine Verschlechterung der Lage. In diesen Ländern reichen die Herausforderungen von politischer Rhetorik gegen Medien über regulatorische Eingriffe bis hin zu direkter Repression.

Asien bleibt eine der schwierigsten Regionen für Pressefreiheit. In China etwa sind laut RSF 121 Medienschaffende inhaftiert – ein globaler Höchstwert. Die systematische Kontrolle von Information durch den Staat, kombiniert mit digitaler Überwachung und Zensur, schafft ein Umfeld, in dem unabhängiger Journalismus kaum möglich ist.

---

## Ökonomischer Druck als unterschätzte Gefahr

Neben politischen und rechtlichen Faktoren hebt RSF auch die wirtschaftliche Dimension hervor. Viele Medienhäuser stehen unter erheblichem finanziellen Druck – ein Trend, der durch die Digitalisierung und den Rückgang traditioneller Einnahmequellen verstärkt wird.

Werbeeinnahmen verlagern sich zu großen Technologieplattformen, während unabhängige Redaktionen zunehmend um ihre Existenz kämpfen. Diese wirtschaftliche Schwächung macht Medien anfälliger für Einflussnahme – sei es durch staatliche Subventionen, private Investoren oder politische Akteure.

Die Folge ist eine schleichende Erosion redaktioneller Unabhängigkeit. Selbst ohne direkte Zensur kann wirtschaftlicher Druck dazu führen, dass kritische Themen gemieden oder abgeschwächt werden.

---

## Desinformation als Vorwand

Ein weiteres zentrales Argument vieler Regierungen ist der Kampf gegen Desinformation. Während dieses Ziel grundsätzlich legitim ist, warnt RSF vor Missbrauch. In zahlreichen Fällen dienen entsprechende Gesetze dazu, unliebsame Berichterstattung zu unterdrücken.

Die Definitionsmacht darüber, was als „Desinformation“ gilt, liegt häufig bei staatlichen Stellen – ein potenziell gefährlicher Mechanismus. Ohne unabhängige Kontrolle besteht die

---



Gefahr, dass kritische Stimmen systematisch delegitimiert werden.

---

## Ein schleichender Verlust

Die zentrale Botschaft des RSF-Berichts ist klar: Pressefreiheit wird heute nicht mehr ausschließlich durch offene Gewalt oder Zensur bedroht. Vielmehr handelt es sich um einen schleichenden Prozess, der sich über rechtliche, wirtschaftliche und politische Mechanismen vollzieht.

Gerade in Demokratien ist diese Entwicklung besonders heikel. Der Verlust erfolgt oft graduell und bleibt daher lange unbemerkt. Doch die Konsequenzen sind tiefgreifend: Ohne freie Medien fehlt eine zentrale Kontrollinstanz, die Machtmissbrauch aufdeckt und öffentliche Debatten ermöglicht.

Historisch betrachtet war Pressefreiheit stets ein Gradmesser für den Zustand demokratischer Systeme. Ihr Rückgang ist daher nicht nur ein Problem für Journalisten, sondern ein Indikator für breitere politische und gesellschaftliche Veränderungen.

Die aktuellen Zahlen von RSF sind somit mehr als eine Momentaufnahme. Sie markieren einen Wendepunkt – und eine Warnung. Die Verteidigung der Pressefreiheit wird zunehmend zu einer zentralen Aufgabe demokratischer Gesellschaften im 21. Jahrhundert.

Autor: Andreas M. Brucker